

## **Prävention und Bekämpfung von Rechtsextremismus in Hamburg aus der Perspektive der Sozialbehörde**

Die Prävention und Bekämpfung von Rechtsextremismus haben für den Hamburger Senat eine hohe Bedeutung. Sie sind Daueraufgabe von Staat und Zivilgesellschaft, solange menschenfeindliche Einstellungen und Handlungen in Teilen der Gesellschaft verwurzelt sind und durch aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen, wie z.B. die jüngsten Protestbewegungen im Rahmen der Corona-Pandemie und damit einhergehende Verschwörungserzählungen, immer wieder neue Nahrung finden. Die Prävention und Bekämpfung von Rechtsextremismus ist dabei Querschnittsaufgabe aller Hamburger Behörden und Ämter.

Die ressortübergreifende Koordinierung der Präventionsarbeit im Themenfeld Rechtsextremismus wird von der Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration (Sozialbehörde) vorgenommen. Anfallende Tätigkeiten im Rahmen dieser ministeriellen Federführung sind beispielsweise Fachdialoge mit den verschiedenen Hamburger Religionsgemeinschaften, bundesweite und internationale Zusammenarbeit im politisch-administrativen Bereich sowie die Zusammenarbeit mit dem Hamburger ‚Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus‘ (BNW). Grundlage der Koordinierung bildet das Landesprogramm „Hamburg – Stadt mit Courage“ zur Prävention und Bekämpfung von Rechtsextremismus aus dem Jahr 2013, welches 2019 fortgeschrieben und aktualisiert wurde. Das Landesprogramm verfolgt u.a. folgende Zielsetzungen:

- Präventive Maßnahmen sollen dem Entstehen rechtsextremer Einstellungen und Handlungen vorbeugen, diese frühzeitig identifizieren und ggfs. pädagogisch intervenieren.
- Frühkindliche, schulische und außerschulische Bildung sollen das demokratische Gemeinwesen stabilisieren.
- Staatliche Regelsysteme und im staatlichen Auftrag handelnde Organisationen, Träger und Projekte sollen fortlaufend qualifiziert und aktiviert werden.
- Ergänzende Beratungs-, Präventions- und Interventionsstellen sollen sich verändernden Bedarfen angepasst und weiterentwickelt werden.
- Die Zivilgesellschaft soll gestärkt, vernetzt und handlungsfähiger gemacht werden.
- Betroffene diskriminierender Strukturen und Vorfälle sollen unterstützt und handlungsfähig gemacht werden.

Seit April 2014 unterstützt die Sozialbehörde außerdem im Rahmen einer Förderrichtlinie niedrigschwellig Projekte und Maßnahmen, die Toleranz fördern und Rechtsextremismus (sowie religiös begründetem Extremismus) präventiv begegnen.

Darüber hinaus ist die Sozialbehörde zentrale Ansprechpartnerin für den Bund und das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ in ihrer Funktion als sogenanntes Landesdemokratiezentrum im Sinne des Bundesprogramms. In diesem Rahmen vertritt die Sozialbehörde Hamburg bei den regelmäßigen Bund-Länder-Konferenzen, die das für Bundesprogramme zur Demokratieförderung zuständige BMFSFJ ausrichtet. Sie unterstützt das Deutsche Jugendinstitut (DJI) bei der Evaluation des Bundesprogramms „Demokratie leben“ sowie weitere wissenschaftliche Untersuchungen im Handlungsfeld Prävention. Im Rahmen des Bundesprogramms gestaltet die Sozialbehörde den Ausbau von Hamburger Fach- und Beratungsstrukturen gemäß der vom Bundesprogramm vorgegebenen Trias

Betroffenenberatung – Mobile Beratung – Aussteigerberatung und leistet hier ebenso wie bei den Modellprojekten des Bundesprogramms die Kofinanzierung aus Landesmitteln.

### **Verwaltung und Zivilgesellschaft: Schnittstellen**

Schnittstellen zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft bei der Prävention und Bekämpfung von Rechtsextremismus in Hamburg ergeben sich in erster Linie aus dem Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus (BNW). Das Beratungsnetzwerk existiert in der Hansestadt bereits seit 2008. Seither tauschen sich mehr als 40 zivilgesellschaftliche und staatliche Institutionen mindestens viermal jährlich zu aktuellen Entwicklungen in den Bereichen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aus und entwickeln Handlungsansätze zur Stärkung einer demokratischen Kultur.

Eine weitere Schnittstelle ergibt sich aus der fachlichen Begleitung der im Rahmen des Bundesprogramms kofinanzierten Präventions- und Aussteigerprojekte durch die Sozialbehörde. Hierzu gehört auch die Prüfung der Zweckmäßigkeit der Projekte gemäß Zuwendungsbescheid. Die Projekte bieten wiederum ihre Angebote aus der Qualifizierungs- und Bildungsarbeit auch für Mitarbeitende der Sozialbehörde (sowie aller anderen Behörden) an und stellen so ein Angebot für Weiterbildung aus zivilgesellschaftlicher Perspektive auch für das Behördenpersonal bereit.

Weiterhin hat der Senat verschiedene Dialogformate bspw. zu Antisemitismus und Anti-Schwarzem Rassismus etabliert, um den Betroffenengruppen und Communities eine aktive Teilhabe zu ermöglichen. Die aus den Austauschformaten gewonnenen Perspektiven und Problemlagen fließen dann direkt in die politisch-administrative Konzeption der Präventionsarbeit ein.

### **Verwaltung und Zivilgesellschaft: Herausforderungen**

Mögliche Herausforderungen in der Zusammenarbeit der zivilgesellschaftlichen und politisch-administrativen Ebene bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus entstehen durch einen unterschiedlichen Wissensgrad in Bezug auf Qualifizierung, fachliche Bildung und kontextuelle Sensibilisierung. Die spezifischen Gefährdungslagen zivilgesellschaftlicher Projekte oder Einzelpersonen sind für Mitarbeitende in ministeriellen Regelsystemen nicht immer ersichtlich und werden möglicherweise nicht mitgedacht, bspw. beim Umgang mit Personendaten. Hier bedarf es einer stärkeren Sensibilisierung und möglicherweise im Einzelfall auch einer Qualifizierung, um den Perspektiven und Einschätzungen der Zivilgesellschaft besser Rechnung tragen zu können. Auch die unterschiedlichen Handlungslogiken bzw. Handlungsaufträge von Behörden und zivilgesellschaftlichen Organisationen können im Widerspruch zueinander stehen oder Konfliktsituationen produzieren. Hier ist insbesondere die Sicherstellung eines offenen Gesprächskanals wichtig, um miteinander im Austausch zu bleiben und aus unterschiedlichen Handlungsverständnissen resultierende Konflikte konstruktiv aufzulösen.